



## Im Land, wo Milch und Honig fließen

Von Sebastian Balzter

Für den Boden auf Feld und Wiese sind sechzig Jahre keine lange Zeit. Ob er karg oder fruchtbar ist, das hat sich seit 1955 nicht verändert. Trotzdem wächst darauf nicht mehr das Gleiche wie damals. Sonder viel mehr. Nicht einmal die zum Teil extreme Dürre in diesem Sommer hat daran etwas geändert. Die Getreideernte ist zwar etwas geringer ausgefallen als im Jahr zuvor. Aber das ist ein Vergleich mit einem Rekordjahr, also nicht besonders aussagekräftig. Rekorde sind schließlich dafür da, dass sie nicht gleich wieder gebrochen werden.

Vor sechzig Jahren waren die Kirchen voll, wenn Erntedank gefeiert wurde. Dabei war die gute alte Zeit auf dem Land vor allem eins: mühsam. Es gab auf steinigen Äckern und in dreckigen Ställen noch so viel von Hand zu tun, dass jeder vierte deutsche Erwerbstätige in der Landwirtschaft beschäftigt war. Für Bauernhofromantik war nicht viel Zeit und erst recht kein Geld übrig. Denn der Ertrag war trotz aller Anstrengungen im Vergleich zu heute kümmerlich.

Das lässt sich in allen Bereichen der Branche durchdeklinieren: Die Kühe geben heute dreimal so viel Milch. Die Hennen legen mehr als doppelt so viele Eier. Im Durchschnitt wird dreimal so viel Weizen und doppelt so viel Roggen je Hektar geerntet. Und das alles, obwohl der Personaleinsatz je Hektar um fast 90 Prozent gesunken ist. Wo früher zehn Menschen arbeiteten, oft genug mangels Alternativen als schlecht bezahlte Knechte oder Mägde, genügt heute im Durchschnitt ein einziger.

Mehr Leistung mit weniger Arbeitszeit, das versuchen in der Wirtschaft alle zu erreichen. Effizienzgewinne sind das Ziel. Und auf den Bauernhöfen wurde zuletzt mehr davon erreicht als in den Fabriken. In keinem anderen Wirtschaftszweig, sagt die amtliche Statistik, hat die Produktivität in Deutschland in den vergangenen Jahren so sehr zugenommen wie in der Landwirtschaft. Die Erträge sind mittlerweile so üppig,

dass nicht nur die Deutschen davon satt werden können. Getreide, Kartoffeln, Milch und Käse, Fleisch – von all dem wird heute in Deutschland mehr produziert, als im Inland verbraucht wird. Und jeder kann es sich leisten, satt zu werden. Gingene für Nahrungsmittel vor sechzig Jahren noch mehr als 40 Prozent aller privaten Konsumausgaben drauf, sind es heute nur noch 14 Prozent.

So ungefähr müssen sich die Menschen früher ein Land vorgestellt haben, in dem Milch und Honig fließen. Sogar den Tieren geht es in der Regel besser. Wer einen engen, dunklen Kuhstall mit Anbindehaltung von anno dazumal mit den heute üblichen Modellen vergleicht, in denen sich die Tiere frei bewegen können und jederzeit frische Luft en masse haben, bekommt feuchte Augen. Und das ist kein Öko-Traum, sondern konventionelle Nutzierung.

Es war kein Gottesgeschenk, das Deutschland zu einem der produktivsten Agrarstandorte der Welt gemacht hat. Dahinter stecken viele kluge Köpfe: Wissenschaftler haben Pflanzen gezüchtet, denen Schädlinge und schlechtes Wetter weniger ausmachen als ihren Vorgängern. Und sie haben herausgefunden, welches Futter Kühe am meisten Milch geben und Schweine am schnellsten Fleisch ansetzen lässt.

Dazu kommen mutige Unternehmer: Viele Landwirte haben Kredite aufgenommen und so viel Geld in ihre Ställe und ihre Maschinenparks investiert, dass sie auf dem Weltmarkt jetzt auch im Wettbewerb mit solchen Gegenden bestehen können, in denen die Böden besser sind, das Klima günstiger ist als in Deutschland. Noch ein Punkt, in dem sie den Vergleich mit anderen Branchen nicht scheuen müssen: Der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz liegt heute in der Landwirtschaft höher als etwa im produzierenden Gewerbe.

Über all das wird selten gesprochen. Und wenn, dann mit kritischer Absicht: um über die Industrialisierung der Landwirtschaft zu schimpfen. Dabei hat sie uns allen das Leben so viel leichter gemacht.

**U**nter den beliebtesten Kinderbüchern finden sich viele, deren Helden es nicht besonders mit der Schule oder überhaupt mit dem offiziellen Pensum haben: Michel aus Lönneberga, Huckleberry Finn, Ella und ihre Freunde, Rico, Pippi Langstrumpf. Den Kindern ist der beliebte oder jedenfalls gute Schlingel womöglich ein Trost. Am Ende, teilt er mit, kommt es nicht allein auf Schulnoten an.

Den meisten Eltern allerdings ist das keine Beruhigung. Würden Sie wirklich froh sein, wenn ihr Kind so wäre wie das freche Fabelwesen „Sams“? Und auch in den Schulen, in denen man diese Bücher zur Lektüre empfiehlt, führen sie nicht zu einem entspannten Umgang mit schlechten Schulleistungen.

Lange Zeit hat die ökonomische Theorie den Eltern und den Schulen recht gegeben. Schulnoten werden von ihr nämlich als Signal für allgemeine Fähigkeiten und Leistungsbereitschaft gedeutet. Die ökonomische Theorie der Signale, die Nobelpreisträger Michael Spence entwickelt hat, bezieht sich dabei auf die Informationsprobleme eines Arbeitgebers. Der hat typischerweise eine Einstellungsentscheidung zu treffen, ohne die Fähigkeiten der Bewerber genau einschätzen zu können. Denn diese zeigen sich oft erst in der Arbeitssituation selbst – oder eben auch nicht.

Wärum aber sollte der Arbeitgeber nun zur Überwindung seiner Informationsdefizite ausgerechnet Schul- oder Examensnoten als Kriterium heranzie-

# RAMBO MACHTE KARRIERE



Wer als Schüler über die Stränge schlägt, verdient im Beruf mehr Geld. Aggressive Mädchen sind besonders erfolgreich.

Von Jürgen Kaube

hen? Gewiss nicht, weil Klassenarbeiten, Klausuren und der Schulunterricht generell den Aufgaben und sozialen Situationen ähneln, die im Arbeitsleben typisch sind. Dass man nicht nachlesen und sich nicht helfen lassen darf, wo gibt es das denn später noch? Kenntnisse der Trigonometrie, der Minnylyrik, der Deklination fremder Substantive oder der Photosynthese sind in den wenigsten Berufen entscheidend. Und selbst wenn sie es wären: die meisten dieser Schulkenntnisse sind längst vergessen, wenn sich jemand auf eine Stelle bewirbt.

Allerdings ist es nicht leicht, solche Kenntnisse zu erwerben und unter Beweis zu stellen. Also, schließt die Signalthorie, ist es für Besitzer von – für den Arbeitgeber schwer erschließbaren – Fähigkeiten wie Ausdauer, kognitive Wachheit, Gedächtnis und Urteilskraft leichter, gute Schulnoten zu erlangen. Sie werden darum mehr Energie – und ihre Eltern auch mehr Einkommen – in Schulbildung investieren als andere. Ein Signal, heißt das, muss für die Träger erwünschter Eigenschaften günstiger zu produzieren sein als für die Träger unerwünschter – dann ist es informativ.

So weit, so notenfreudlich. Die Frage ist nun, ob schuladäquates Verhalten tatsächlich den einzigen Schlüssel zu besseren Jobs und zu höherem Einkommen bietet. Ökonomen von der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore haben dazu eine bemerkenswerte Studie vorgelegt. Sie setzt bei den nicht-kognitiven Fähigkeiten an, von denen klar ist, dass sie im Berufsleben ebenfalls eine Rolle spielen. Das wird jedenfalls für „soft skills“ wie kommunikatives Verhalten oder Bereitschaft zur Teamarbeit behauptet, weswegen Schulen und Universitäten Kurse etablieren, die sie eigens fördern sollen. Die meisten Kinderbuchhelden fallen in dieses Spektrum: schlecht in „Plutinikation“ (Pippi L.), aber freundlich und aufgeschlossen.

Doch was die Ökonomen fanden, als sie soziales Fehlverhalten im Klassenzimmer untersuchten, war erstaunlicherweise das Gegenteil. Ihre Datengrundlage bildete eine Untergruppe der britischen „National Child Development Study“, die mehr als 18 000 Personen, die 1958 in derselben Woche geboren wurden, von ihrem siebenten bis in ihr fünfzigstes Lebensjahr in Abständen immer wieder befragt hat. Als sie elf Jahre alt waren, hielten ihre Lehrer ihr Schulverhalten fest. Untersuchte man nun die weiteren Berufskarrieren derjenigen Kinder, die den Lehrern problematisch scheinen, so zeigte sich das erwartete Ergebnis: schlechtere Noten, geringere Einkommen.

Nachdem die Forscher aber zwei Typen von Fehlverhalten unterschieden, änderte sich das Bild. Handelt es sich um

Kinder, die sich vom Unterricht zurückzogen, und verschlossen waren, so blieb es bei der Prognose geringerer Erfolgs. Manche Ausprägungen aber von Unaufmerksamkeit, Feindseligkeit gegenüber dem Lehrpersonal und anderen Kindern sowie sprunghaftem Verhalten, die in der Kindheit und Jugend festgehalten wurden, schlugen sich zwar in schlechten Noten nieder. Aber später nicht in geringerem Einkommen. Aggressive Schüler, vor allem aber Schülerinnen waren später häufiger beschäftigt, arbeiteten mehr und erzielten zwischen 5 und 9 Prozent höhere Löhne. Der Klassen-Rambo, wie ihn Timo Paarveli in seinen „Ella“-Geschichten geschildert hat, macht seinen Weg. Das gilt jedoch der Studie zufolge nur für Rambos aus Familien, die nicht in der Armutszone leben.

Die Autoren haben zusätzlich untersucht, wie sich unterschiedliche Erziehungsstile an Schulen auf diese Zusammenhänge auswirken. Der Versuch, den betroffenen Kindern das schwierige Verhalten durch Strafe und Kontrolle abzuwöhnen, führte zu geringerem Erfolg im Berufsleben. Angemessener erscheint es, der Aggression etwas abzugewinnen. Schulen, die nicht die Bestrafung in den Vordergrund stellten, schnitten, was die Karriere ihrer Absolventen angeht, besser ab. Oder anders formuliert: Es lohnt sich, in einem Verhalten, das nicht zur Schule passt, mehr als eine Normabweichung zu erkennen.

Nicholas W. Papageorge u. a., „The Economic Value of Breaking Bad: Misbehavior, Schooling and the Labor Market“, <https://nicholaswpapageorge.files.wordpress.com/2011/06/bb4.pdf>

## Immer diese Briten

Warum will die eine Hälfte der Briten die EU verlassen und die andere lieber Mitglied bleiben? Von Lena Schipper



Am Mittwoch wird der Termin des britischen EU-Referendums festgelegt.  
Foto AFP

Wenn der britische Premierminister David Cameron am kommenden Mittwoch vor dem Parteitag der britischen Konservativen zu dem Teil seiner Abschlussrede kommt, in dem es um die Beziehung Großbritanniens zur Europäischen Union geht, werden die Anwesenden besonders aufhorchen. Beobachter im Dunstkreis von Westminster erwarten, dass Cameron beim Parteitag bekanntgibt, an welchem Tag die Briten über die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU abstimmen dürfen. Im kommenden Sommer, so vermuten die meisten, ist es so weit.

Ein knappes Jahr ist im politischen Betrieb keine sonderlich lange Zeit. Also ist schon jetzt der Wahlkampf in vollem Gange zwischen dem Lager derjenigen, die Großbritannien in der EU halten wollen, und denen, die Brüssel den Rücken kehren möchten. Während in den vergangenen Monaten ein Großteil der Briten lieber in der EU bleiben wollte, hat aktuell das Anti-EU-Lager knapp die Nase vorn. Vergangene Woche ergab eine neue Umfrage, dass 40 Prozent der Briten dafür sind, die EU zu verlassen, während 38 Prozent gern bleiben würden. Doch mit welchen Argumenten begründen die beiden unterschiedlichen Gruppen eigentlich ihre Positionen?

Eines der wichtigsten Argumente der Euroskeptiker erklärt nach Ansicht der Demoskopien die jüngste Trendwende in den Umfragen: die Kontrolle über die Außengrenzen. Britische EU-Gegner weisen gern darauf hin, dass die Briten als Nichtmitglieder der EU mehr Kontrolle darüber hätten, wen sie auf ihre Insel lassen wollen – und wen nicht. Außerdem

halb der EU, sagen die Euroskeptiker, wäre das Königreich nicht nur den Druck los, sich an der EU-weiten Verteilung syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge zu beteiligen, die viele Briten ablehnen. Es hätte auch die Möglichkeit, den Zug anderer EU-Bürger zu begrenzen.

Zudem würde Großbritannien nach Ansicht der Euroskeptiker Geld sparen und schneller neue Arbeitsplätze schaffen, wenn es die EU verließe. Nicht nur die milliardenschweren Mitgliedsbeiträge würden dann in den Koffern des Schatzamts verbleiben, auch die Kosten, die europäische Regularien etwa auf dem Arbeitsmarkt verursachen, würden wegfallen. Dies könnte mittelständische heimische Betriebe animieren, mehr Menschen zu beschäftigen und so die Kauf-

kraft und den Binnenmarkt zu stärken. Den Zugang zum europäischen Markt muss man dafür nach Ansicht der Skeptiker nicht aufgeben; auch als Nichtmitglied könnten die Briten in der Europäischen Freihandelszone verbleiben, etwa nach dem Vorbild der Schweiz. Zudem könnte Großbritannien Freihandelsabkommen mit anderen schnell wachsenen Weltregionen abschließen, etwa mit China oder südamerikanischen Ländern.

Die Befürworter der britischen EU-Mitgliedschaft zeigen sich von diesen Argumenten wenig beeindruckt. Der Zugang von EU-Bürgern hat der britischen Wirtschaft nach Ansicht der meisten weit mehr genutzt als geschadet. Einige teilen die Sorge, dass über das EU-Verteilsystem zu viele Flüchtlinge ins Land gelangen könnten, als sie für bewältigbar halten. Doch sie sind der Meinung, dass sich auch diese Frage besser innerhalb der EU klären lässt als außerhalb, zum Beispiel durch die Erweiterung der briti-

schen Handlungsfreiheit, die Premierminister Cameron zurzeit durch Verhandlungen in Brüssel erreichen will.

Den enormen Wachstumsimpuls, den sich die EU-Gegner durch die Abschaffung von Regeln wie der europäischen Arbeitszeitrichtlinie erhoffen, halten die Befürworter der Mitgliedschaft für unrealistisch. Sie weisen vielmehr darauf hin, dass insbesondere Großbritanniens Finanzsektor im Falle eines EU-Austritts eine Schrumpfkur droht. Da in der Londoner City mehr europäische als britische Bankgeschäfte abgewickelt werden, könnte sich ein großer Teil davon ins europäische Ausland verlagern, wenn Großbritannien die EU verlässt. Goldman Sachs und die Deutsche Bank haben schon angekündigt, dass sie ihre Geschäfte künftig von Frankfurt oder Paris aus erledigen werden, sollten die Briten sich für den EU-Austritt entscheiden.

Noch mehr Sorgen machen sich die EU-Befürworter allerdings um die Zu-

gang zum europäischen Binnenmarkt. Großbritannien wickelt mehr als die Hälfte seines Handels mit den EU-Ländern ab. Verließe das Land die EU, fürchten die Befürworter, würde es diesen Zugang wohl erst einmal verlieren: Schließlich sei es sehr unwahrscheinlich, dass große Länder wie Deutschland oder Frankreich nicht versuchen würden, die Privilegien der Briten nach deren EU-Austritt zu beschneiden. Neue Freihandelsabkommen mit jedem einzelnen EU-Land auszuhandeln könnte Jahre dauern – Jahre, in denen die britische Wirtschaft wegen mangelnden Außenhandels große Einbußen hinnehmen müsste.

Ahnliches gelte für Abkommen mit außereuropäischen Ländern, sagt das Lager der EU-Befürworter. Wie langwierig so ein Verhandlungsprozess sein kann, zeige zum Beispiel der Streit um TTIP, das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten. Hinzu kommt: Wenn Großbritannien als Nicht-EU-Land weiterhin mit der EU handeln wolle, müsste es sich weiterhin an europäische Standards halten – auf deren Inhalt hätte es aber keinen Einfluss mehr.

Ein Großteil der Uneinigkeit zwischen EU-Gegnern und -Befürwortern hat also mit unterschiedlichen Erwartungen zu tun, wie viel Handlungsspielraum Großbritannien außerhalb der EU gewinnen oder einbüßen würde. Wessen Erwartungen sich am Ende bestätigen, dürfte sich in den kommenden Monaten erweisen. Denn je heißer der britische Wahlkampf wird, desto mehr werden die anderen EU-Länder darüber verraten müssen, zu welchen Bedingungen sie die Briten gehen lassen würden.

## VOLKES STIMME

### URLAUB OHNE REUE

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Viele Deutsche konnten dieses Jahr in den Urlaub fahren, ohne sich dafür in anderen Bereichen finanziell einschränken zu müssen. 65 Prozent der Deutschen haben 2015 bereits eine Urlaubsreise gemacht oder haben dies noch vor. Für die Mehrzahl dieser Urlauber (54 Prozent) war die Reise nicht mit finanziellen Einschränkungen in anderen Bereichen verbunden. Im vergangenen Jahr lag der Anteil der Urlauber, der dafür nicht an anderer Stelle sparen musste, noch bei 48 Prozent.

Ging es dieses Jahr in Urlaub?



Rund 1400 Befragte (Bevölkerung von 16 Jahren an). Quelle: Institut für Demoskopie Altenbach FAZ-Grafik heu.